

Thema: Attac

Autor: Eva Linsinger

Fluchtburgen

Steuern. Das Bankgeheimnis schützt Schwarzgeldkonten und Steuerhinterzieher. Dennoch wird es wie ein Fetisch verteidigt – solange es die EU zulässt.

Von Eva Linsinger

Der kleine Tiroler Ort Jungholz hat 300 Einwohner, drei Banken und 100 Bankangestellte. Das dort geparkte Geldvermögen beträgt laut Schätzungen virtuelle 13 Millionen Euro pro Bewohner. Jungholz ist ein Extrem-, aber kein Einzelfall: Auch Banken außerhalb der Tiroler Enklave werben mit dem Argument der „höchstmöglichen Diskretion“ um Anleger, vor allem aus Deutschland.

Die Debatte um die Steuer-CD rückt Orte wie Jungholz – und damit das österreichische Bankgeheimnis – wieder ins Zentrum. Denn nicht nur in der Schweiz ist Geld steuerschonend angelegt, sondern auch in Österreich. Deutsche Spitzenpolitiker wettern schon lange gegen die Steuerparadiese Schweiz und Österreich. Das mag dazu beitragen, dass Deutschland die (geklauten) Daten von Steuerhinterziehern kaufen will, in Österreich die Mehrheit der Regierung aber abblockt. Denn trotz des Drucks der OECD, das Bankgeheimnis aufzuweichen, ist Österreich – in den Worten der Tiroler Sparkasse – noch immer „ein besonders attraktiver Finanzplatz“. Oder – wie es der Finanzrechtler Werner Doralt formuliert – eine „Steuerfluchtburg“.

Denn Doralt benennt unbarmherzig, wem das Bankgeheimnis nützt: „Allen Menschen, die Einkünfte beziehen, die sie vor dem Fiskus geheim halten wollen.“ Freiberufler, vom Anwalt bis zum Zahnarzt, können ein Interesse daran haben, ihren Konto-

stand in Deutschland niedrig zu halten – vor allem, weil die Behörden dort jederzeit Zugriff auf die Bankdaten haben. Da lohnt es sich durchaus, nach Österreich auszuweichen. Auf Druck der OECD und ihrer „grauen Listen“ der Steueroasen wurde zwar im Vorjahr beschlossen, dass „bei begründetem Verdacht“ die Konten von Nicht-Österreichern kontrolliert werden können. Für Doralt ist das aber mehr eine kosmetische als eine wirkliche Verschärfung: „Wie soll denn die deutsche Finanz überhaupt wissen, dass jemand ein Konto in Österreich hat? Man kann ja nicht in ganz Europa nachfragen.“

Wie viel Geld aus dem Ausland bei Österreichs Banken liegt, ist naturgemäß ein Geheimnis. Die deutschen Behörden schätzen laut „Süddeutscher Zeitung“, dass allein aus Deutschland 50 Milliarden Euro über die Grenze fließen.

Handeln gegen Vorteil. Der Prototyp des Profiteurs des Bankgeheimnisses – Piefke, Zahnarzt, Steuerhinterzieher – würde es von der Papierform her nicht auf die vorderen Ränge einer Sympathieskala schaffen. Geschweige denn könnte man annehmen, dass die Österreicher die Interessen dieser Klientel für besonders schützenswert halten. Dennoch hängen vor allem ältere Österreicher hartnäckig am Bankgeheimnis. In einer Umfrage von OGM im März des Vorjahres für „Format“ etwa sprechen sich Ältere und Menschen mit niedriger Schulbildung mit großer Mehrheit gegen eine Änderung des Bankgeheimnisses aus.

Mit rationalen Motiven ist das nicht zu erklären. Solche spielen allerdings auch kaum eine Rolle, meint der Wirtschaftspsychologe Erich Kirchler: „Interessanterweise sind Menschen häufig gegen ihre Vorteile.“ Als ein Beispiel führt Kirchler an: Mitte der neunziger Jahre wollte der damalige Finanzminister Andreas Staribacher das 13. Monatsgehalt ab einem Einkommen von 40.000 Schilling besteuern. Kaum jemand verdiente so viel. Dennoch war die breite Masse empört – und die Steueridee Staribachers einer der Gründe für seinen Rücktritt. Gegen die Erhöhung von Abgaben und Massensteuern, die untere Einkommen relativ härter betreffen (etwa der Mehrwertsteuer), regt sich hingegen selten Protest. Auch das anonyme Sparbuch war seit der Einführung der Kapitalertragsteuer im Jahr 1993 für Kleinsparer kein Vorteil mehr – und rangierte dennoch in der Gunst der Österreicher bis zu seiner Abschaffung weit oben. „Anomalie“ nennen Wirtschaftspsychologen ein derartiges Verhalten gegen die eigenen Interessen. Beim Bankgeheimnis kommt laut Kirchler noch dazu, dass „Steuerhinterziehung weitgehend als Kavaliersdelikt“ betrachtet wird.

Dabei bringt das Bankgeheimnis der großen Mehrheit der Österreicher keine Vorteile: Die Gehälter der Arbeiter und Angestellten sind dem Finanzamt ohnehin bis auf den letzten Cent bekannt. „Es gibt auch kein Gehaltsgeheimnis – warum soll es ein Bankgeheimnis geben?“, plädiert daher Christian Felber von der globalisierungskritischen

„Bei jeder Art der Vermögensbesteuerung eröffnet das Bankgeheimnis Lücken und Fluchtmöglichkeiten“

Otto Farny, Steuerexperte der Arbeiterkammer



„Es gibt auch kein Gehaltsgeheimnis – warum soll es ein

Bankgeheimnis geben? Beim Bankgeheimnis haben die Reichen die breite Masse der Bevölkerung vor ihren Karren gespannt“

Christian Felber, Attac

Thema: Attac

Autor: Eva Linsinger

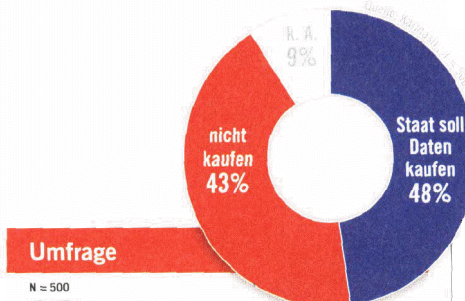
Organisation Attac für ein Ende des österreichischen Spezifikums. Denn: „Beim Bankgeheimnis haben die Reichen die breite Masse der Bevölkerung erfolgreich vor ihren Karren gespannt.“

Österreicher, die Geldflüsse größeren Stils verschleiern wollen, haben ihre Depots meist woanders geparkt – etwa in der Schweiz. Nicht umsonst wird damit gerechnet, dass auf der Steuer-CD bis zu 150 österreichische Namen auftauchen. Vermögende Österreicher sollen rund zwölf Milliarden Euro Schwarzgeld in der Schweiz veranlagt haben, kalkuliert das auf Finanzrecherchen spezialisierte Genfer Unternehmen Helvea. Eine knappe Mehrheit der Österreicher spricht sich dafür aus, dass Regierungen notfalls auch illegal erworbene Daten über Steuersünder kaufen sollen (siehe Grafik).

Diese Meinung wird unter Spitzenpolitikern der Regierungsparteien nur von SPÖ-Finanzstaatssekretär Andreas Schieder und ÖGB-Präsident Erich Foglar unterstützt. „Steuerhinterziehung muss bekämpft werden“, sagt Foglar. Das Argument, dass der Staat nicht zur Hehlerei anstiften dürfe, hält er für zweitrangig.

Die ÖVP sieht das exakt konträr. Im parlamentarischen Justizausschuss forderte am vergangenen Mittwoch der ÖVP-Abgeordnete Michael Ikrath die Justizministerin sogar auf, den Tatbestand der Hehlerei mit Daten unter Strafe zu stellen. Bisher wird in Österreich nur Hehlerei mit Sachen verfolgt.

Ikrath kann als ÖVP-Politiker und als



Umfrage

N = 500



Geld für geklaute Steuerdaten?

Mit 48 Prozent ist eine Mehrheit der Österreicher dafür, dass Regierungen von Datenhändlern illegal erworbene CDs mit Informationen über Steuersünder kaufen sollen.

Generalsekretär des Sparkassenverbands ansatzlos ein flammendes Plädoyer für das Bankgeheimnis halten: „Die Behörden dürfen keinen Zutritt in das wirtschaftliche Schlafzimmer haben. Das ist eine wichtige Frage des Datenschutzes und der Privatsphäre.“ Während der Nazi-Zeit war die im 19. Jahrhundert eingeführte Anonymität der Sparbücher abgeschafft. „Österreich hat schlechte Erfahrungen gemacht mit einem Regime, das in das Privatleben der Bürger beliebig Einblick nehmen konnte“, meint Ikrath.

Er ist allerdings Realist genug, um zu prognostizieren, dass Österreich sein Rückzugsgefecht um das Bankgeheimnis verlieren wird. Das anonyme Sparbuch ist seit 2002 Geschichte. Bei der Einführung der EU-Zinsrichtlinie zog Österreich zwar noch alle Register und erwirkte gemeinsam mit Luxemburg einen Ausnahmestatus. Alle anderen 25 EU-Staaten tauschen sich bereits

automatisch über Zinserträge von Ausländern aus. Lange wird das Duo die Extrawurst nicht halten können. Erst Anfang Februar prophezeite Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) drohend: „Wir werden das Bankgeheimnis in EU-Staaten abschaffen.“

Ikrath will es zumindest für Österreicher erhalten. Doch beim Koalitionspartner SPÖ gibt es erste Stimmen, die den Sinn dieses Fetischs laut hinterfragen. „Was bringt das Bankgeheimnis ehrlichen Steuerzahlern?“, kritisiert Wolfgang Moitzi, Vorsitzender der Sozialistischen Jugend. Peter Kaiser, Vizeobmann der Kärntner SPÖ, hat darauf eine Antwort: „In Wahrheit dient das Bankgeheimnis nur noch betuchten Großverdienern, um ihr Vermögen möglichst steuer-schonend anzulegen.“

Diese anschwellende Skepsis hat nicht zuletzt den Grund, dass die SPÖ das enorme Budgetdefizit auch mit Vermögensbesteuerung abbauen will. Derzeit ist Österreich OECD-weit eines der Schlusslichter in dieser Steuerkategorie. Welche Variante der Besteuerung kommt, ist noch offen. Für Otto Farny, den Steuerexperten der Arbeiterkammer, ist aber eines schon jetzt klar: „Bei jeder Art der Vermögensbesteuerung eröffnet das Bankgeheimnis Lücken und Fluchtmöglichkeiten.“

Für alle, die das gar nicht wollen, hat die Bank in Jungholz ebenfalls Lösungsmöglichkeiten. Sie hat einen neuen Ratgeber. Bezeichnender Titel: „Der einfache Weg zurück in die Steuerhürlichkeit“.



„Die Behörden dürfen keinen Zutritt in das wirtschaftliche Schlafzimmer haben. Das ist eine wichtige Frage des Datenschutzes und der Privatsphäre“

Michael Ikrath, ÖVP-Nationalratsabgeordneter und Generalsekretär des Sparkassenverbands



„Das Bankgeheimnis nützt allen Menschen, die Einkünfte beziehen, die sie vor dem Fiskus geheim halten wollen“

Werner Doralt, Vorstand des Instituts für Finanzrecht der Universität Wien

FOTO: JASKA; MICHAEL IKRATH: SCHOTT; BEIGESTELLT; PHILIPP HORAK